



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0996890

P/XIII/113 - 21. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Der Kohlenbergbau macht den Anfang Sozialisierung des Kohlenbergbaus	100
2 a	Ein grosses Erlebnis Kultur und Politik als Einheit	37
3- 4 a	<u>Entschliessung: Wiedervereinigung Deutschlands</u> bleibt lebensnotwendig für Deutschland und Europa	142
5 - 6	Israel und die Entwicklungsländer Interview mit Herzl Berger, Mitglied des Israelischen Parlaments und des Parteivorstandes der MAPAI	104
7	Jayaprakash Narayan Prominenter indischer Gast in Stuttgart	46
8	"Volkspartei" oder nicht? Delegierte aus allen Schichten der Bevölkerung	52

* * * * *
* * *

Der Kohlenbergbau macht den Anfang

sp - Stuttgart

Die Debatte um die festeren Umrisse des Begriffs der Gemeinwirtschaft und die ersten konkreten Schritte der Sozialdemokratie zur Überführung bestimmter Unternehmenszweige in Gemeinwirtschaft hat erwartungsgemäss die Gemüter der Delegierten des Parteitages in Stuttgart sehr erhitzt. Sie ist länger geführt worden als es dem Büro des Parteitages, das um einen zeitgerechten Ablauf des Programms besorgt ist, wünschenswert erscheinen konnte. Doch um der Wichtigkeit der gestellten Fragen willen hat man dieser Diskussion, deren Bedeutung durch 20 Anträge aus der Organisation speziell zur Frage der Sozialisierung bzw. Überführung in Gemeinwirtschaft gestützt war, freien Lauf gelassen.

Hinter dieser Diskussion stand die Sorge darum, ob aus der unterschiedlichen Auslegung, die das Aktionsprogramm im Wahlkampf erfahren hatte, geschlossen werden müsste, dass die Sozialdemokratie eine ihrer ältesten und entscheidendsten Forderungen, die Überführung in Gemeinwirtschaft oder auch Sozialisierung, aufzugeben gewillt sei oder gar bereits aufgegeben hätte. Viele Diskussionsbeiträge monierten den Anschein, als sei die Sozialdemokratie in ihren öffentlichen Äusserungen zu überbetont zu einer Vertreterin mittelständlicher, kleinbürgerlicher Interessen geworden. Wie schon die Anträge, verlangten die Redner klare Formulierungen eines sowohl auf die Freiheit der Persönlichkeit durch wirtschaftliche Unabhängigkeit abgestellten Programms, das darin die traditionellen Forderungen der Sozialdemokratie auf die Befreiung der Arbeitnehmer aufrechterhält und zugleich die sich auf Arbeitseigentum stützenden kleinen Unternehmer in ihrer Unabhängigkeit schützt; beide Gruppen aber von der Abhängigkeit der Grossunternehmen in unserer Wirtschaft freihält.

So scharf die Auseinandersetzung schien, es lagen doch die Vorstellungen der beiden Hauptreferenten, Dr. Heinrich Deist und Wirtschaftsminister Hermann Veit, einerseits und der Diskussionsredner andererseits nicht so weit auseinander, dass nicht doch eine Einigung auf den Entschliessungsantrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt möglich wurde. Er wurde gegen 16 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Danach ist nun der Parteivorstand beauftragt, zum nächsten Parteitag ein konkretes Programm zur Überführung des deutschen Kohlenbergbaus in Gemeinwirtschaft vorzulegen, das geeignet ist, im Falle der Regierungsübernahme diese Überführung in Angriff zu nehmen.

Grenzen der Sozialisierung setzte Dr. Deist in seinen Ausführungen. Er formulierte: Die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sei nicht mehr das entscheidende Motiv für die Forderung der Sozialdemokratie nach Überführung in Gemeineigentum. Doch der sozial-ethische Ausgangspunkt aller sozialistischen Überlegungen, die Befreiung des arbeitenden Menschen aus der Abhängigkeit und von Ausbeutung, bedinge die gesellschaftliche Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Sie könne weitgehend über Fach- und Gewerbeaufsicht im Bereich der Mittelschichten, der kleinen und mittleren Betriebe, über Kartellkontrollen, Investitionslenkung und schliesslich - wo alle diese Mittel der leichten Hand nicht mehr ausreichten -

durch Überführung in Gemeinwirtschaft ausgeübt werden. Dabei sei überwiegende Gemeinwirtschaft, oder auch Konzentration wirtschaftlicher Macht in Staatshand, ebenso wenig wünschenswert wie die gegenwärtige Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den kapitalintensiven Grosskonzernen unserer modernen Wirtschaft.

Das Ziel der Sozialdemokratie, und das müsse dieser Parteitag unterstreichen, sei nach wie vor die Sozialisierung. Doch dieses Ziel sei heute frei von ideologischen Reminiscenzen und allein aus gesellschaftspolitischen Realitäten begründet. Für den politischen Tageskampf und die Durchsetzung einer realen Politik im Falle des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung müsse der Spielplan zwischen den Vorstellungen und den machtpolitischen Realitäten so abgegrenzt sein, dass die Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele in absehbaren Zeiträumen möglich werde ohne dabei den Zielen selbst endgültige Grenzen zu setzen. Nur so sei der Auftrag des Parteitages an den Parteivorstand, für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus ein konkretes Programm vorzulegen, - ohne dass sich damit die Sozialdemokratie auf die Sozialisierung des Kohlenbergbaus allein beschränkt und ohne dass den Grundsatzentscheidungen des noch zu beratenden Grundsatzprogrammes vorgegriffen werde - als Auftrag für ein kommendes Regierungsprogramm zu verstehen.

Kein Zweifel, dass die Wünsche der Delegierten und der Mitgliedschaft, die sie vertreten, weitergehend sind. Aber die Begründung, unter der diese Beschränkungen gezogen wurden, überzeugten. Zwar wurde anerkannt, was in der Diskussion betont wurde, dass übermächtige wirtschaftliche Positionen, die sich zu gesellschaftspolitischen Gefahren entwickeln, nicht nur in den traditionell als "Grundstoffindustrien" bezeichneten Bereichen zu finden sind, dass sich im Bereich der verarbeitenden Industrie, sowohl bei den Investitionsgütern als auch im Bereich der Verbrauchsgütererzeugung, solche Machtzusammenballung findet. Gefährlicher als der Kohlenbergbau erscheint aus seiner besondere starken Stellung und hohen Kapitalkonzentration der Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, der zum grossen Teil sogar Eigentümer des Kohlenbergbaus ist oder in ihm beherrschenden Einfluss hat.

Doch ebenso wie der Stahl in die Kohle, so ragt auch die Kohle in den Stahl hinein und wer die Energiequelle und das Vorprodukt Koks für die Stahlindustrie beherrscht, hat auch auf sie entscheidenden Einfluss. Kohle ist und bleibt auch vorläufig noch trotz der drohenden Konkurrenz des Heizöls und der Atomenergie der beherrschende Energieträger unserer Wirtschaft, ein wichtiger Faktor der Struktur-, Konjunktur- und schliesslich Preispolitik, von wo aus wichtige Impulse für die Aufrechterhaltung eines stabilen Preisniveaus, für die Sicherung der Vollbeschäftigung und des sozialen Status aller Menschen in der Bundesrepublik ausgehen können. Daher die Entscheidung, hier anzufangen und mit der in Gemeinwirtschaft überführten Kohle und der in öffentliche Hand zu leitenden Energiewirtschaft - auch der Atomenergie - die Ausgangspositionen einer sozialistischen Wirtschaftspolitik zu bestimmen, die auf eine ständige Steigerung der Produktivität und des Lebensstandards und eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts für alle Schaffenden gerichtet ist.

Ein grosses Erlebnis

sp- Stuttgart

Wer diesen Mittwochvormittag des Stuttgarter SPD-Parteitagess miterlebt hat, muss gespürt haben, wie gross die Aufgeschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie für alle Gegenwartsprobleme ist. Nüchtern, hart und doch leidenschaftlich wurde um die Entschliessung zur Wirtschaftspolitik gerungen. Es ging um den Standort der Sozialdemokratie gegenüber den Problemen des ökonomischen Inhalts unseres Staates. Fern jeder Illusion und mit dem Blick auf die Realität wurde eine Entscheidung herbeigeführt, die kein Deuteln an der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik mehr zulässt.

Kaum war diese Entscheidung gefallen, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit des Parteitagess auf die Problematik des Zusammenhangs zwischen Kultur und Politik. Als glänzende Interpreten einer gleichzeitig realistischen und visionären Aufgabenstellung des modernen Sozialismus zogen Waldemar von Knoeringen und Dr. Adolf Arndt die Delegierten in ihren Bann.

Die Freiheit des Geistes, fundiert auf der Freiheit von wirtschaftlicher Bedrängnis und politischer Einengung, stand als das eigentliche Ziel der heutigen demokratischen Arbeiterbewegung vor uns auf. Im Raume stand auch das Bewusstsein, dass dieses schon vor vielen Jahren geprägte Ideal des Menschseins nicht "verstaubt" ist, sondern gerade jetzt als zu lösende Gegenwartsaufgabe vor uns liegt. Der Parteitag verstand dies; er folgte den Rednern mit atemloser Spannung, die immer dann durch lauten Beifall unterbrochen wurde, wenn deutlich war, wo die Hebel ange-setzt werden müssen, um das Ideal verwirklichen zu können.

So wurde aus dem scheinbaren Gegensatz der Themenstellung "Kultur und Politik" und aus dem Szenenwechsel nach dem Ringen um wirtschaftspolitische Programmatik ein geschlossenes Ganzes. Der Mensch mit seinen Nöten, Wünschen und Idealen stand vor uns auf. Sein Wollen und sein Streben nach einem Leben frei von materieller Not und geistiger Bedrängnis liess die alte sozialistische Bündnisforderung zur gemeinsamen Aktion von Politik und Kultur im besten Sinne des Wortes als eine Einheit erleben.

Das war eine grosse Leistung dieses sozialdemokratischen Parteitagess, eine Leistung, die uns das beglückende Bewusstsein gibt, wieviel Kraft der demokratische Sozialismus in sich trägt.

* * *

Wiedervereinigung Deutschlands bleibt
lebensnotwendig für Deutschland und Europa

Der SPD-Parteitag in Stuttgart nahm nach dem Referat des Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner nachstehende Entschliessung mit überwältigender Mehrheit (eine Gegenstimme, eine Stimmenthaltung) an:

1. Deutschlands Spaltung droht zur endgültigen Teilung Deutschlands zu werden. Die vier Mächte haben ihre eigenen militärstrategischen Planungen im Ost-West-Konflikt ihren Verpflichtungen zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands übergeordnet. Das geteilte Deutschland ist Faustpfand und militärisches Vorfeld der Mächte geworden. Die Regierung der Bundesrepublik hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Sie gab der militärischen Einschmelzung der Bundesrepublik in die NATO den Vorrang vor tatkräftigen Bemühungen um Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit. Mit dieser Haltung hat die Bundesregierung es der Sowjetzonenregierung erleichtert, den von ihr beherrschten Teil Deutschlands zu einem separaten Staat zu deklarieren. Durch die fortschreitende Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO und die Beteiligung der Bundesrepublik am atomaren Wettwüsten wird der kommunistisch beherrschte Teil Deutschlands mehr und mehr vom übrigen Deutschland isoliert. Seine Machthaber sind die Nutzniesser der Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

2. Für das Zusammenleben des deutschen Volkes und für eine europäische Friedensordnung bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit unentbehrlich. Deutschland ist im Zustand der Spaltung ein Konfliktherd. Das deutsche Volk wird ohne die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht in freier Selbstbestimmung eine gesellschaftliche Ordnung bauen können, die allen Mitbürgern das Recht auf die Unantastbarkeit ihrer Menschenwürde, die volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit, gleiche Startbedingungen, gleiche Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten gewährleistet. Für die arbeitenden Menschen und für die Jugend unseres Volkes ist aber eine solche Ordnung lebenswichtig. Nur mit einer solchen für das ganze Volk gültigen gesellschaftlichen Ordnung ist ein Deutschland zu schaffen, das nach innen und aussen die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschliesst.

3. Deutschland darf nicht das Atom-Aufmarschgelände der Grossmächte werden. Deutschland darf nicht zur treibenden Kraft des Wettwüstens werden. Die Sozialdemokratische Partei appelliert an alle Menschen in der Welt, die den Frieden und die Verständigung der Völker wünschen, dem deutschen Volk bei der Überwindung der Spaltung zu helfen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung des Friedens zu leisten. Die Sozialdemokratische Partei richtet an alle sozialistischen Parteien und an die Organisationen der Arbeitnehmer die brüderliche Bitte, einer Fehlentwicklung entgegenzuwirken, die das geteilte Deutschland unweigerlich zu einem Herd schwerster Gefährdung des Friedens in Europa und zu einem Hindernis gegen den sozialen Fortschritt machen würde.

4. Wenn es gelingt,

- a) die heute noch getrennten Teile Deutschlands in eine atomwaffenfreie Zone einzugliedern,
- b) die heute noch in Deutschland und in den östlichen Nachbarstaaten stationierten ausländischen Truppen Zug um Zug gleichwertig zu vermindern,
- c) die ganze atomwaffenfreie Zone Mitteleuropas schliesslich von fremden Truppen zu räumen und für die eigenen Truppen der an der atomwaffenfreien Zone beteiligten Staaten Höchststärken festzusetzen und zu kontrollieren,

würden Voraussetzungen für eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung geschaffen. Diese Schritte zur Entspannung würden der Bewahrung des Friedens in Europa dienen. Das Zusammenleben der Völker und Staaten Europas im Rahmen der Satzungen der Vereinten Nationen würde gefördert. Es wäre damit ein Rahmen geschaffen, in dem die Teile Deutschlands sich einander annähern könnten. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit würde möglich. Keiner Nachbarstaat und keine der Grossmächte hätten eine Einbusse an ihrer eigenen Sicherheit zu befürchten.

5. Die Sozialdemokratische Partei erblickt in Bemühungen um eine militärische Entspannung und um die Einstellung des Wettrüstens die Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Ansatzpunkte zur Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wird jeden geeigneten Schritt in dieser Richtung unterstützen und sich selbst beharrlich für eine Politik der Entspannung, der internationalen Verständigung und der friedlichen Wiedervereinigung einsetzen. Die SPD begrüsst dankbar die Bemühungen der britischen Labour-Party und des Zentralrats der Gewerkschaften Grossbritanniens, den Weg für eine internationale Entspannung in Mitteleuropa zu bahnen. Die SPD gedenkt mit Dankbarkeit der wiederholten Bekundungen der sozialdemokratisch geführten Regierungen der Länder Skandinaviens, solche Schritte zur Entspannung in Mitteleuropa fördern zu wollen. Die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit liegt im gemeinsamen Interesse des deutschen Volkes und der Nationen Europas. Ihre Verwirklichung wird ein entscheidender Schritt zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker Europas sein. Die Forderung nach der Wiedervereinigung darf nicht zum Vorwand für die Fortsetzung des Wettrüstens genommen werden. Sie darf nicht missbraucht werden, um militärisch-machtpolitische, ideologische oder wirtschaftliche Interessen zu vernebeln.

6. Es bedarf unüberhörbarer Willenskundgebungen des deutschen Volkes, um die vier Mächte dazu zu bewegen, den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit freizugeben. Die Bevölkerung der Bundesrepublik muss dabei vorangehen. Sie muss im Bund und in den Ländern endlich eine der Wiedervereinigung dienende Politik erzwingen. Sie muss selbst alle Möglichkeiten ausnützen, um den Zusammenhalt der Deutschen auch über die trennende Zonengrenze hinweg aufrechtzuerhalten und immer wieder zu erneuern.

Es muss gelingen,

- a) Massnahmen zur Verklammerung der Teile Deutschlands durchzusetzen, die wirtschaftlich, sozialpolitisch und kulturell die inneren Bindungen stärken und die der Auseinanderentwicklung der Teile entgegenwirken,
- b) den Kalten Krieg und die ideologische Verhetzung innerhalb Deutschlands zu überwinden,
- c) die Kombination von Schritten der vier Mächte und der beiden Teile Deutschlands zustande zu bringen, die - gegebenenfalls in Etappen - zur Wiedervereinigung führt.

Wenn es für diese Zwecke unvermeidlich sein sollte, auch mit den in der sowjetisch besetzten Zone amtierenden Behörden ins Benehmen zu treten, so muss die Bundesregierung, die diese Lage mit herbeigeführt hat, das tun, was der inneren Entspannung und der Erleichterung der Lage der Bevölkerung jenseits der Zonengrenze dienen kann. Es ist besser, in nüchterner Einschätzung der durch die bisherigen Versäumnisse geschaffenen Tatbestände nun endlich Schritte zur Verminderung der Auswirkungen der Spaltung Deutschlands zu tun, als in die Ausweglosigkeit der sonst unvermeidlich werdenden völkerrechtlichen Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands zu geraten.

Die SPD erneuert im übrigen ihre auf dem Münchener Parteitag erhobenen Forderungen zur Herstellung und Pflege normaler diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und zur Volksrepublik China. Die fortgesetzte Verweigerung solcher Beziehungen ist nicht geeignet, zur Entspannung beizutragen und Vertrauen zur Bundesrepublik zu gewinnen.

7. Mit Empörung wendet sich die Sozialdemokratische Partei gegen die missbräuchlich im Namen des Sozialismus im sowjetisch besetzten Gebiet betriebene Knebelung der Freizügigkeit und der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit. Gerade weil die SPD entschieden gegen die Politik des Wafftrüstens und des Kalten Krieges kämpft, verurteilt sie es schärfstens, dass im sowjetisch besetzten Gebiet unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Kriegstreiber erneut willkürlich die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung eingeengt und tatsächlich die Spaltung Deutschlands vertieft wird. Die Führung der kommunistischen SED leistet durch ihr Verhalten gerade den reaktionären Kräften Vorschub, deren Politik sie zu bekämpfen vorgibt. Sie entwertet damit selbst ihre fortgesetzten Anerbieten zur sogenannten Aktionseinheit. Ihre eigenen Aktionen leiten Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher diesseits der Zonengrenze. Die Sozialdemokratische Partei wird nicht müde werden, für die Bevölkerung ganz Deutschlands das Recht der demokratischen Selbstbestimmung zu fordern und überall für seine Verwirklichung einzutreten. Sie fordert auch von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Bevölkerung Deutschlands jenseits der Zonengrenze dieses Recht nicht länger zu verweigern, wie es jetzt tatsächlich geschieht, indem die von der KPdSU gestützte Führung der SED dieses Recht mit Füßen tritt.

+ + +

Israel und die Entwicklungsländer

Interview mit Herzel Berger, Mitglied des Israelischen Parlaments und des Parteivorstandes der MAPAI

Frage: In Ihrem Begrüßungswort an den SPD-Parteitag haben Sie davon gesprochen, dass Israel den sogenannten Entwicklungsländern hilft. Um welche Länder handelt es sich und was sind Ihre Projekte ?

Herzel Berger: Ein derartiger Kontakt unseres Landes- zusätzlich zu unserer Mitarbeit in ähnlichen Unternehmungen der UNO- besteht mit Burma, Ghana, Nigeria, Liberia und Französisch-Westafrika. Wir führen verschiedene Projekte durch, die diesen Ländern beim Aufbau ihrer Wirtschaft und der Veränderung ihrer sozialen Struktur helfen sollen. Wir haben z.B. vor kurzem mit dem jungen Staat Ghana gemeinsam eine Schifffahrtlinie gegründet (Black Star), an der Israel mit 40 v.H. Kapital und der Staat Ghana mit 60 v.H. beteiligt sind. Da Ghana nicht genügend ausgebildete Seeleute hat, stellt Israel die See-Offiziere. Gleichzeitig ist in Ghana eine Handelsmarine-Schule eröffnet worden, bei der unsere See-Offiziere helfen, den Nachwuchs heranzubilden. Der Sinn ist, zu erreichen, dass unsere Seeleute so schnell wie möglich durch Ghananesen abgelöst werden können.

Frage: Sicher fällt es Ihrem Land schwer, seine Fachleute lange zu entbehren ?

H.B.: Das ist nicht der Grund. Wir halten es für falsch und auch schädigend für den Kontakt zu diesen jungen Völkern, allzulange den Lehrer zu spielen. Es ist auch nicht so, dass wir unsere Fachleute so ohne weiteres in diese Länder schicken. Unsere Vereinbarungen mit der jeweiligen Regierung gehen dahin, dass zunächst junge Afrikaner oder Asiaten in Israel in unseren Einrichtungen - z.B. in unseren Gemeinschaftssiedlungen oder in unseren auf genossenschaftlicher Basis arbeitenden Dörfern - mehrere Monate leben und arbeiten und dann gemeinsam mit einigen israelischen Fachleuten in ihr Land zurückkehren.

Frage: Halten Sie es für so wichtig, dass die Vertreter dieser Länder in der Atmosphäre des Landes leben, von dem sie lernen sollen ?

H.B.: Das Zusammenleben mit unseren Menschen in unseren Einrichtungen zeigt ihnen am praktischen Beispiel, was wir sie lehren wollen. Ausserdem ist es besonders auf dem landwirtschaftlichen Sektor wichtig, sie die Arbeits- und Lebensweise unserer verschiedenartigen genossenschaftlichen Siedlungen miterleben zu lassen, von denen wir glauben, dass sie die geeignete Form für ihre Landwirtschaft darstellen. Dabei spielt gerade die Lebensweise in unseren landwirtschaftlichen Gebieten eine wichtige Rolle. Es ist vielfach so, dass junge Vertreter dieser sogenannten Entwicklungsländer nach einer Ausbildung in der Stadt oder gar im fremden Land nicht auf das Land, das ihnen in geistiger und kultureller Hinsicht keine Attraktion mehr bietet, zurückkehren wollen oder können. Damit ist der vielleicht sogar unter Opfern ausgebildete Mensch für die Entwicklung der Landwirtschaft, die noch immer den grössten Teil der Wirtschaft in diesen Ländern ausmacht, verloren. Wir aber beweisen in Israel, dass man auch auf dem Land eine Lebensform entwickeln kann, die gerade in Bezug auf das Kulturleben der Stadt in nichts nachsteht.

Frage: Sie sehen also Ihre Hauptaufgabe darin, diesen Völkern ihre Wirtschafts- und Lebensform aufzuzeigen ?

H.B.: Es soll in Kürze ein Projekt ganz anderer Art in Angriff genommen werden. In Nord-Burma wollen wir gemeinsam mit den Burmesen ein Stück Land für die Bewirtschaftung erschliessen und dabei auch neue Getreidearten, die für den burmesischen Boden geeignet scheinen, ausprobieren. Dies würde die Burmesen mit unseren Methoden auf diesem Gebiet bekannt machen, uns grössere Mengen Weizen, für deren Anbau wir in unserem kleinen Land nicht genügend Raum haben, sichern und ausserdem noch den Burmesen die Einnahme von Devisen garantieren. Allerdings ist dieses Projekt dem Stadium des Experiments noch nicht entwachsen.

Frage: Beschränken Sie Ihre Hilfsmassnahmen auf die Landwirtschaft ?

H.B.: Wir planen, junge Afrikaner und Asiaten in unseren technischen Hochschulen auszubilden. Unsere Industrie hat auch bereits Fachleute in diese Länder entsandt. Auch in diesem Sektor handeln wir nach dem Prinzip, dass unsere Fachleute zurückkehren, sobald die Einheimischen ihre Industrie allein zu leiten in der Lage sind.

Frage: Wieviele Israelis haben derartige Aufgaben in fremden Ländern übernommen ?

H.B.: Es sind etwa 150 israelische Fachleute in Afrika und Asien beschäftigt. Wir wissen natürlich, dass alles, was wir tun, von der Aufgabe her gesehen furchtbar wenig ist. Aber Israel ist ein kleines Land mit sehr vielen eigenen Problemen, und seine Hilfe kann daher nur bescheiden sein.

Frage: Aus welchen Kreisen stammen die Menschen, die aus Ihrem Land die Bereitschaft zeigen, in einem anderen Land aufzubauen?

H.B.: Die landwirtschaftlichen Fachleute kommen meist aus den Kibbuzim - den Gemeinschaftssiedlungen. Die technischen Experten entsendet in den meisten Fällen die Histadruth - unsere Gewerkschaft, die ja selbst eine Reihe Betriebe unterhält. Diese Menschen haben die Gewissheit, dass ihnen nach ihrer Rückkehr keine Schwierigkeit in ihrem Berufsleben entstehen.

Frage: Trotzdem bedeutet doch ihr Entschluss, ein Opfer auf sich zu nehmen ?

H.B.: Wenn Sie an die oft für uns recht primitiven Einrichtungen in diesen Ländern - hauptsächlich auf dem Lande - denken, selbstverständlich. Aber unsere jungen Menschen empfinden es als eine Verpflichtung, diesen jungen Staaten in der schweren Aufgabe, produktiv - Kräfte, neue Lebens- und Wirtschaftsformen zu entwickeln, beizustehen. Schliesslich wissen wir in Israel, was es heisst, ein Land aufzubauen und Menschen aus primitiven Verhältnissen in eine relativ fortschrittliche Wirtschaft einzugliedern. Ich glaube aber, um in diesen Ländern tiefgreifende Veränderungen zu erwirken, bedarf es grösserer Anstrengungen, als Israel sie zu machen in der Lage ist. Die freien Gewerkschaften und die Sozialistische Internationale sollten eine Art sozialistischer Mission - eine Bewegung - ins Leben rufen, die junge Wissenschaftler und Techniker in grosser Zahl in diese Entwicklungsländer entsendet. Nur durch grosszügige Massnahmen können Veränderungen Platz greifen - nur dann können wir verhindern, dass diese Länder einem unheilvollen diktatorischen System zum Opfer fallen. Sie heute mit unseren demokratischen Einrichtungen bekannt machen, heisst sie vor neuen Unterdrückern bewahren zu helfen.

Jayaprakash Narayan

H.E.D. Es war in einer Gefängniszelle von Nasik in Indien, wo ein Mann zusammen mit einigen Freunden der allindischen Kongressbewegung den Beschluss fasste, eine sozialistische Partei zu gründen. Ein Jahr später, 1934, wurde dieser gleiche Mann zum Generalsekretär der Sozialistischen Partei Indiens gewählt, eine Funktion, die er bis zu seinem freiwilligen Rücktritt im Jahre 1954 innehatte. Dieser Mann heisst Jayaprakash Narayan. Bei seinen Landsleuten genießt er ein Vertrauen und eine Verehrung, die weit über den Rahmen der Partei hinausgeht.

Schon in jungen Jahren hatte sich J.P., wie er von seinen Freunden genannt wird, dem Freiheitskampf des indischen Volkes gegen die britische Kolonialherrschaft angeschlossen. Noch während seiner Studienjahre in Indien machte er die persönliche Bekanntschaft des Mahatma Gandhi und des heutigen Ministerpräsidenten Pandit Nehru. Nach einem längeren Aufenthalt in den USA, wo Jayaprakash an den Universitäten von Kalifornien, Iowa und Wisconsin studierte, übernahm er bei seiner Rückkehr in die Heimat die Leitung der Abteilung für Arbeiterfragen in der Kongressbewegung. Es war Nehru, der auf den sehr zielstrebigem und energischem J.P. aufmerksam wurde. Beide Männer erkannten sehr rasch, über wieviele verwandte Züge sie beide verfügten. Ob in der legalen Arbeit oder im illegalen Kampf, Jayaprakash setzte sich mit selbstloser Hingabe für die Freiheit Indiens ein. Es konnte nicht ausbleiben, dass das Wirken dieses Mannes den britischen Kolonialbehörden so gefährlich erschien, dass J.P. in den Jahren 1940 bis 1946 sich mehr innerhalb von Gefängnismauern befand als ausserhalb. Er gehörte zu den letzten der politischen Leiter der Kongressbewegung, denen der Vizekönig von Indien ihre persönliche Freiheit wiedergab.

Es gibt in Indien unzählige Berichte über den Mut und die Einsatzbereitschaft J.P. Lange Monate hindurch führte er den bewaffneten Widerstand in Nepal und Nordindien an. Die Errichtung der indischen Republik aber beendete keinesfalls die Aktion des Jayaprakash. Als unbestrittener politischer und geistiger Führer der Sozialistischen Partei Indiens führte er einen unermüdlichen Kampf gegen Armut, Ausbeutung und religiöse Diskriminierung. Zwar war ein Ziel seines Lebens erreicht: die nationale Unabhängigkeit, andere aber, die der rastlose Mann aus Bihar sich setzte, mussten verwirklicht werden. Im Jahre 1951 begann Vinoba Bhave mit der "Landschenkungsabewegung", die bald zu einer der bedeutendsten ethischen und sozialen Impulse des neuen Indiens werden sollte. J.P., schon immer ein Mann in der vordersten Front, entschloss sich 1954, dieser Bewegung seine ganze persönliche Kraft zu widmen.

Jayaprakash Narayan ist Mittwoch in Stuttgart eingetroffen und wird während seines Aufenthaltes mit Erich Ollenhauer und Mitgliedern des Parteivorstandes der SPD eingehende Besprechungen führen.

"Volkspartei" oder nicht ?

H.J. Wie setzt sich ein Parteitag der Sozialdemokratie personell zusammen? Nach der Auffassung gewisser Gegner der SPD müsste er dieses Bild zeigen: eine Versammlung von alten Männern, die sich erdenfern um blasse Theorien rauft, von Dogmatikern, die alle Ketzler an der sagenhaften "Parteilinie" am liebsten verbrennen würden und die schliesslich nach Hause geht, ohne den harten Notwendigkeiten der politischen Gegenwart Rechnung getragen zu haben. Dass die Wirklichkeit anders aussieht, spricht sich allerdings langsam auch in der finstersten Ecke herum; die Zahl derer, die noch erfolgreich mit dem "Bürgerschreck SPD" hausieren können, geht rapide zurück.

Den Hunderten von Gästen und Journalisten aus aller Welt, die zum Parteitag der SPD nach Stuttgart kamen, zeigte sich ein anderes Bild. Die 381 Delegierten stellen einen Querschnitt der gesamten Bevölkerung dar - lebendige Menschen mit lebendigen Ideen, die alles andere sind als uniform. Der Arbeiter sitzt neben dem Wissenschaftler, der Angestellte neben dem Lehrer, der Student neben der Hausfrau.

Wie antiquiert die Auffassung ist, die SPD habe "eben die Arbeiter" als beinahe einzige Parteigänger, wird aus der beruflichen Zusammensetzung der Delegierten deutlich: Etwa 25 Prozent sind "reine Arbeiter", Männer, die in der Produktion stehen. Jeder Zehnte beispielsweise ist ein selbständig Schaffender, jeder Vierte etwa kommt aus "Intelligenzberufen", wenn diese Bezeichnung überhaupt heute noch angewandt werden kann. Die soziologischen Grenzen verschwimmen hier wie überall. Allerdings muss man hervorheben, dass ausserordentlich viele unter den Delegierten, die nach Stuttgart als bekannte Persönlichkeiten aus Staat, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gekommen sind, aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind. Die SPD ist stolz auf diese Männer und Frauen. Auf dem Parteitag ist die Jugend in grösserem Masse als bisher vertreten. 18 Delegierte sind noch keine dreissig Jahre alt, 80 haben das vierzigste Lebensjahr noch nicht erreicht. Den stärksten Anteil stellen die 50 - 60-Jährigen: 125 Delegierte. 52 sind über 60 Jahre alt. Passt man zusammen, so lässt sich sagen, dass jeder vierte Delegierte der jungen - um nicht zu sagen der jüngsten - Generation angehört. Auf dem Parteitag sind 48 Frauen als Delegierte.

In diesen Tagen wird von zahlreichen Publizisten daran herumgerätselt, ob sich die SPD auf ihrem Stuttgarter Parteitag nach "links" oder nach "rechts" öffnen werde, ob sie als "marxistische Arbeiterpartei" künftig firmieren werde oder als "bürgeroffene Volkspartei". Viele dieser Astrologen meinen es mit dieser Fragestellung nicht immer ehrlich; ihnen ist daran gelegen, die Öffentlichkeit mit Alternativen zu verwirren, die praktisch gar nicht existieren. Es gibt natürlich ehrliche Fragesteller! Ihnen darf man sagen, dass ihre Sorgen um die künftige Politik der Sozialdemokratie unbegründet sind. Die SPD ist eine Volkspartei - sie muss es nicht erst werden. Wenn die Debatten des Parteitages noch nicht die ganze Breite der Basis aufgezeigt haben, auf der die deutsche Sozialdemokratie steht, der mag sich die berufliche und altersmässige Zusammensetzung der Delegierten anschauen. Auch sie ist die Antwort auf die an die SPD gestellte Frage: Volkspartei oder nicht?

+ + +